

Sanktionen gegen Russland: EU setzt auf Druck nach Trumps Treffen mit Putin!

EU-Außenminister äußern Zweifel an Fortschritten nach Trump-Putin-Telefonat. Neues Sanktionspaket gegen Russland tritt in Kraft.



Krim, Russland - Nach dem jüngsten Telefonat zwischen US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin äußern sich die Außen- und Verteidigungsminister der EU skeptisch zu den von Trump geäußerten Hoffnungen auf eine baldige Waffenruhe in der Ukraine. **Sächsische.de** berichtet, dass die Minister keinen substanziellen Fortschritt in den Verhandlungen sehen. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) betont, dass Putin keine Zugeständnisse machen will und den Konflikt fortsetzt. Dies wird auch durch die Aussagen von Estlands Verteidigungsminister Hanno Pevkur untermauert, der darauf hinweist, dass Russland weiterhin die Kontrolle über die besetzten Regionen und die Krim anstrebt.

In der Zwischenzeit hat die EU über 5 Milliarden Euro gesammelt, um die Ukraine mit Artilleriegeschossen zu unterstützen, was jedoch nicht ausreicht, um das ambitionierte Ziel von zwei Millionen Schuss für dieses Jahr zu erreichen. Um den Druck auf Russland zu erhöhen, trat am Dienstag das 17. Sanktionspaket der EU in Kraft. Dieses Paket verbietet rund 200 Schiffen der sogenannten russischen Schattenflotte den Zugang zu EU-Häfen.

EU-Sanktionen und strategische Maßnahmen

Die Sanktionen richten sich zudem gegen zahlreiche Unternehmen, die Produkte an die russische Rüstungsindustrie geliefert haben. Ein zusätzliches, 18. Sanktionspaket ist in Arbeit, um den Druck auf Russland weiter zu verstärken.

Spiegel.de berichtet, dass Kaja Kallas, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, auch von den USA fordert, Druck auf den Kreml auszuüben. Die kommenden Sanktionen zielen insbesondere auf den russischen Finanzsektor sowie auf die Pipelines Nord Stream 1 und 2 ab.

Ein weiteres wichtiges Element der Sanktionspolitik ist das kürzlich verabschiedete 16. Sanktionspaket, das auf eine breitere Palette von Bereichen abzielt, darunter Energie, Handel, Verkehr und Finanzdienstleistungen. **Die Europäische Kommission** hat die Umsetzung dieser Maßnahmen zur Überwachung durch die Mitgliedstaaten beauftragt. Die Sanktionen sollen nicht nur den militärischen und technologischen Einfluss Russlands schwächen, sondern auch die Unterstützung für die Ukraine stärken.

Langfristige Perspektiven und Einigkeit der EU

Deutschland plant, seine Verteidigungsausgaben bis 2032 auf 3,5 Prozent des BIP zu erhöhen. Dies unterstreicht den Trend zu

einer verstärkten Verteidigungszusammenarbeit innerhalb der EU. Verteidigungsminister Pistorius hat einen Vorschlag zur Arbeitsteilung unter den EU-Mitgliedstaaten in Verteidigungsfragen unterbreitet. Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenden Strategie der EU, um sich auf eine mögliche Eskalation des Konflikts vorzubereiten, während sich die Lage in der Ukraine weiter entwickelt.

Die Situation bleibt angespannt, und die EU-Mitgliedsstaaten fordern weiterhin entschlossene Maßnahmen gegen Russland, um ein Ende des Konflikts und eine dauerhafte Stabilität in der Region zu erreichen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Krim, Russland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.saechsische.de• www.spiegel.de• germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de